

20. JUNI 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21881-33
Fernschreiber 0886890

P/XV/137 - 20. Juni 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3a	<u>Die Gemeindefreiheit ist bedroht</u> Vorschau auf die Kommunalpolitische Bundeskonferenz der SPD in Mülheim/Ruhr Von August Kerger, Leiter der Kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand der SPD	212
4 - 5	<u>Schröder lieferte nasses Pulver</u> Pikante Einzelheiten zur Kölner Freidenker-Veranstaltung Von Wolfgang Jansen	83
6	<u>Nicht auf den Lorbeeren ausruhen!</u> Flüchtlingsnot ist noch lange nicht beseitigt Von Bruno Kuster, Genf	46
7	<u>Bescheidener, aber umso wirksamer</u> Die Pläne der deutschen Stiftung für Entwicklungsländer	23
7	<u>Joop Swart und die Falschmünzer</u> Oberländers Alibi-Assistent im Druck	19

* * *

*

20. Juni 1960

Die Gemeindefreiheit ist bedroht

Vorschau auf die Kommunalpolitische Bundeskonferenz der SPD
in Mülheim/Ruhr

Von August Kerger,

Leiter der Kommunalpolitischen Zentralstelle
beim Parteivorstand der SPD

Nur noch wenige Tage trennen uns von der Kommunalpolitischen Bundeskonferenz der SPD, die nun zum siebten Male nach 1945, und zwar am 24. und 25. Juni 1960 in Mülheim an der Ruhr, mitten im wirtschaftlichen Kraftzentrum der Bundesrepublik und zugehörig den vielen großen Städten des Reviers mit sozialdemokratischen Mehrheiten in ihren Rathäusern, zusammentritt.

Diese Bundeskonferenz, die alle zwei Jahre einberufen wird, war immer eine besonders eindrucksvolle Bekräftigung des Willens sozialdemokratischer Kommunalpolitiker, und ihre Arbeitsergebnisse waren ebenso Richtschnur für die praktische Arbeit in den Gemeinden. In ihrer Zusammenfassung stellten die Arbeitsergebnisse fast ein vollständiges sozialdemokratisches Kommunalprogramm dar.

Schwierigkeiten der Gemeinden werden größer

Die Kommunalpolitische Bundeskonferenz in Mülheim steht in diesem Jahre unter dem Motto "Bedrohte Gemeindefreiheit". Dieses Motto wurde mit Bedacht gewählt. Auf der letzten Bundeskonferenz im Jahre 1958 in Mainz wurde der Standort des Bürgers und der Gemeinde in Staat und Gesellschaft aufgezeigt und wie bei allen früheren Bundeskonferenzen in den Arbeitskreisen Leitsätze zu den verschiedenen Sachfragen entwickelt, die von den Delegierten bestätigt wurden und die theoretisch fundierte Grundsätze für die gemeindliche Praxis darstellten.

Schon in Mainz wurde mit Besorgnis auf die mannigfachen Schwierigkeiten hingewiesen, denen sich die Gemeinden bei ihren Bemühen um die Erfüllung der ihnen zufallenden Aufgaben gegenübersehen. Es ist wenig tröstlich, wenn wir nach zwei Jahren feststellen, daß die Schwierigkeiten nicht nur geringer geworden sind, sondern in ihrem Ausmaß zu einer ernstesten Bedrohung der Gemeindefreiheit führen. Nicht genug damit, daß der Bund die Gemeinden im Stich läßt, was sich besonders deutlich an der Tatsache zeigt, daß die so dringend notwendige große kommunale Finanzreform noch immer nicht durchgeführt ist. Ebenso besorgniserregend ist die Feststellung, daß das Recht auf Selbstverwaltung der Gemeinden durch gesetzgeberische und administrative Maßnahmen behindert und eingeengt wird. Besorgte Cassandra-Rufe maßgeblicher und weitblickender Kommunalpolitiker, der kommunalen Spitzenverbände und nicht zuletzt des maßgeblichen kommunalpolitischen Gremiums beim Parteivorstand der SPD, die jeglicher Schwarz-Weiß-Malerei entbehrten und sachlich begründet waren, sind ungehört geblieben.

Gesundes Urteilsvermögen der Wähler

Das gesunde Urteilsvermögen der Wähler in den Gemeinden hat aber die trotz dieser Schwierigkeiten in den vielen grossen und kleinen Städten und Gemeinden mit sozialdemokratischer Führung vollbrachten Leistungen anerkannt. Die in den letzten Monaten in verschiedenen Bundesländern durchgeführten Kommunalwahlen sind mit ihren Ergebnissen Zeichen eines immer grösser werdenden Zutrauens in die Kraft sozialdemokratischer Kommunalpolitik und ihrer Persönlichkeiten, die Gemeinden in fortschrittlichen Geist und als wahre Vertreter der berechtigten Interessen ihrer Bürger zu führen.

Verpflichtung zur Aufzeigen der Gefahren

Die Kommunalpolitische Bundeskonferenz der SPD in K lheim wird nunmehr mit gutem Recht und aus der Verpflichtung den Gemeindeg rgern gegenüber, die aufgezeigten Gefahren für die Gemeinden noch einmal umreis- sen und sie einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen. Die sozial- demokratischen Kommunalpolitiker sind der Auffassung, dass das den Ge- meinden im Grundgesetz verbrieft Recht nicht nur ein proklamatorisches sein darf.

Das Tagungsprogramm

Wiederum werden etwa anderthalbtausend Kommunalpolitiker aus dem ganzen Bundesgebiet am 24. und 25. Juni 1960 in der Stadthalle in K lheim an der Ruhr zur VII. Kommunalpolitischen Bundeskonferenz der SPD ver- sammelt sein. Schon am Abend des 23. Juni findet auf dem Rathausmarkt eine groesse öffentliche Kundgebung statt, auf der der Regierende Bürger- meister von Berlin, Willy Brandt, zu den sozialdemokratischen Kommunal- politikern und den Bürgern der Stadt sprechen wird.

Die eigentliche Konferenz wird am Morgen des 24. Juni durch Bürger- meister Max Brauer, Hamburg, eröffnet. Der Vorsitzende der SPD, Erica Ollenhauer, wird hier ebenfalls das Wort ergreifen. Unter den Gästen der Konferenz befinden sich namhafte Persönlichkeiten des politischen Lebens und bedeutende kommunale Vertreter aus dem Bundesgebiet und auch aus dem Ausland. Hauptthema: Bedrohte Gemeindefreiheit

Nach der Eröffnung und Begrüssung der Konferenz spricht zu den Dele- gierten der frühere Braunschweiger Oberbürgermeister und jetzige Innen- minister des Landes Niedersachsen Otto Bennemann über das Hauptthema "Bedrohte Gemeindefreiheit". Dem langjährigen und erfolgreichen Kommunalpolitiker geht der Ruf voraus, dass er auch in seinem jetzigen Amt immer ein warmherziger und verständnisvoller W hrer der gemeindlichen Interessen ist.

Am Nachmittag des 24. Juni beginnt die Arbeit in den Arbeitskreisen. Die vorliegenden Teilnahkemeldungen lassen auch dieses Mal wieder auf ein grosses Interesse an den verschiedenen dort behandelten Problemen schliessen, die auf 6 Arbeitskreise verteilt sind.

Der Bürger und sein Rathaus

Sehr zahlreich sind die Anmeldungen zum Arbeitskreis I "Der Bürger und sein Rathaus". Hier spricht Beigeordneter Max Henning aus Oberhausen, der frühere Leiter der Kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivor- stand der SPD und heute einer der Vorsitzenden des Kommunalpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand zu einem Thema, das die Wechselwirkung der Beziehungen der Menschen und Organe einer Gemeinde darstellen soll, die zusammenwirken, um ihr soziales, kulturelles und wirtschaftliches Leben zu gestalten. Die Sachkenntnis des Vortragenden verspricht dem Ar- beitskreis eine besonders sorgfältige und umfassende Analyse des aktu- ellen und wichtigen Problems zu vermitteln.

Die ungelöste Problematik der Gemeindefinanzen

Wie bei der letzten Bundeskonferenz in Mainz, so liegen auch jetzt für den Arbeitskreis II "Die ungelöste Problematik der Gemeindefinanzen" die meisten Anmeldungen vor. Besser konnte die Aktualität der Problema- tik und die Dringlichkeit ihrer Lösung nicht bekräftigt werden. Referent für dieses Thema ist der St dtkammerer von München, Senator Erwin Hiel- scher. Er gilt aus ein besonderer Sachkernner auf diesem Gebiet. Als Mit- glied des Kommunalpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD und Vorsitzter des Finanzausschusses des grössten kommunalen Spitzen- verbandes, des Deutschen Städtetages, hat er stets eindringlich seine Stimme für eine Neuordnung der kommunalen Finanzen erhoben und auf die Verhältnisse auf diesem Gebiete hingewiesen. Aufgabe des Vortragenden und seines Arbeitskreises wird es sein, die Sünden, die an den Gemeinden begangen wurden und

und davon schwerwiegenden Folgen noch einmal genau darzustellen und in gleicher Weise Lösungsmöglichkeiten zu finden und Forderungen herauszustellen, die aus der jetzigen Situation herausführen.

Fürsorge und Vorsorge der Gemeinde

Starke Beachtung verdient auch der Arbeitskreis III "Fürsorge und Vorsorge der Gemeinde". Referent hierfür ist der Minister für Arbeit und Soziales Heinrich Lemmich, Hessen, der in mehr als ein schweren Nachkriegsjahren Sozial- und Wohnungsdezernent einer von Krieg verwüsteten Stadt gewesen ist und durch seine Tätigkeit als Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen und als Minister die gleichen Fragen aus der Sicht der Landespolitik und zweier Landesregierungen kennengelernt hat und von dem wir wissen, dass er versucht hat zu helfen, wo immer es menschenmöglich war. Die Zweiteilung seines Themas in Fürsorge und Vorsorge der Gemeinde wird dennoch zeigen, in welchem engen Zusammenhang beide Begriffe stehen. Fürsorge als planmäßige individuelle Hilfe von Staat und Gesellschaft zur Verhütung oder Beseitigung wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Gefahr oder Not für Personen, deren eigene Mittel und Kräfte zusammen mit denen ihrer Familien und anderer Verpflichteter nicht ausreichen und Vorsorge im engeren und weiteren Sinne als die Gesamtheit aller Massnahmen und Einrichtungen, die auf gemeindlicher Ebene der Entstehung wirtschaftlicher und gesundheitlicher Notstände vorbeugen und planend vorausschauen soll, sieht der Vortragende als einen Problembereich an, zu dem auf dieser Konferenz aus sozialdemokratischer Sicht Wesentliches auszusagen ist.

Kulturelle Mittelpunkte in den Gemeinden

Für den Arbeitskreis IV "Kulturelle Mittelpunkte in den Gemeinden" wurde als Referent der rührige Heidelberger Oberbürgermeister Robert Weber gewonnen, der vor nicht allzulanger Zeit seine Mitbürger als ihr Städtobershaupt wählten. Die Wahl eines Sozialdemokraten in der alt-ehrwürdigen und bedeutenden Universitätsstadt war nicht nur dort, sondern auch in der deutschen Öffentlichkeit ein politisches Ereignis, das bekanntlich nachfolgend in Süddeutschland vielerorts Schalen gemacht hat. Schon auf der Bundeskonferenz in Kassel im Jahre 1956 ist der kulturelle Auftrag der Gemeinden, den sie den Bürgern und dem Gesamtstaat gegenüber zu erfüllen haben, klar herausgestellt worden. Seitdem sind durch den "Plan Z" (Die Zukunft meistern) der SPD und auch im Godesberger Grundgesetzprogramm der SPD weitere Wege aufgezeigt worden, um politische Initiativen auf diesem Gebiet zu fördern und die praktischen Aufgaben zu klären, von denen auf kulturellem Gebiet auch die Gemeinden einen nicht unbeträchtlichen und nicht übertragbaren Teil zu erfüllen haben. So werden z.B. auch die Erkenntnisse, die bei der Schaffung verbildlicher kultureller Mittelpunkte in fortschrittlich geleiteten deutschen Gemeinden gewonnen wurden, sicherlich dem Arbeitskreis Anregungen für seine Beratungen geben.

Spiel, Sport und Erholung

Es ist bekannt, dass sich gerade sozialdemokratische Kommunalpolitiker um die Förderung des Sports, um die Schaffung von Stätten, in denen das kindliche Spiel im Sinne einer gesunden Lebenserfüllung Ausdruck finden kann und von Einrichtungen für die sinnvolle

Freizeitgestaltung und die Erholung der Gemeindeglieder, denen sie heute und in Zukunft in einer technisierten Umwelt mehr denn je bedürfen, verdient gemacht haben. Die Aufbauleistungen in zahlreichen großen und kleinen Gemeinden sind hierfür ein berechtetes Zeugnis. Der Arbeitskreis V "Spiel, Sport, Erholung" lässt zu diesem Thema Hauptgeschäftsführer Werner Jacobi, KdS aus Köln sprechen, der durch seine Mitwirkung in der Deutschen Olympischen Gesellschaft hierzu besonders berufen ist. Beispielhaft hat die SPD in Bayern und Hessen den "Goldenen Plan" der Deutschen Olympischen Gesellschaft aufgegriffen, Finanzierungspläne für die Länder ausgearbeitet und sie den Parlamenten zugeleitet. Der Arbeitskreis wird davon Kenntnis nehmen, dass die Sportbewegung sich zu einer nicht mehr zu überschätzenden öffentlichen Funktion entwickelt hat und wieviele gemeinschaftsbildende Werte in ihr stecken. Im Ergebnis der Beratungen ist die Sichtbarmachung des gemeindlichen Pflichten- und Aufgabekreises eingeschlossen. Ebenso dürften die Beratungen zeigen, welche modernen und fortschrittlichen Wege auch hier sozialdemokratische Kommunalpolitiker gehen.

Verbesserung der Versorgungs- und der Wirtschaftsstruktur ländlicher Gemeinden

Der Arbeitskreis VI wird die Verbesserung der Versorgungs- und Wirtschaftsstruktur ländlicher Gemeinden zu behandeln haben. Der junge und tatkräftige Gemeindeglieder aus Schladern an der Sieg, Karl Wickand, KdS, der zu diesen Fragen sprechen wird, liest ein offenes und deutliches Wort und verfügt über einen reichen Erfahrungsschatz aus seiner Arbeit in einer ländlichen Gemeinde, die für die Behandlung seines Themas geradezu zugeschnitten ist. Die Arbeit sozialdemokratischer Kommunalpolitiker aus dem Lande und die Fortschritte, die sie hier in stetiger und zäher Kleinarbeit erzielen konnten, wurden wiederum durch die Ergebnisse der Gemeindevahlen in den letzten Monaten bestätigt. Das Leben in den Landgemeinden soll lebenswert sein. Dazu bedarf es auch der Durchsetzung der Forderungen, die aus der Thematstellung in diesem Arbeitskreis erkennbar sind.

Es entspricht einer guten und bewährten Übung der Bundeskonferenzen, dass die Vorsitzenden und Berichterstatter der Arbeitskreise erfahrene Kommunalpolitiker sind, die von ihrer praktischen Arbeit her mit den einzelnen Fragen aufs Beste vertraut sind. Es sind dies in Arbeitskreis I die Ratsherrin Dr. Lore Henkel, Hannover, in Arbeitskreis II, Oberstadtdirektor Gerhard Bothur, Duisburg; in Arbeitskreis III Landrat Kurt Knoske, Bidingen; in Arbeitskreis IV Stadtdirektor Dr. Werner Petersen, Stade; in Arbeitskreis V Oberbürgermeister Werner Beckelmann, Frankfurt a.M. und in Arbeitskreis VI Kreisoberamt Ernst Kipker, Hildesheim.

Bei einem besonderen Empfang, der am Freitagabend für die Presse gegeben wird, werden ihre Vertreter Gelegenheit haben, mit auf der Bundeskonferenz anwesenden führenden Kommunalpolitikern ein zwangloses Gespräch zu führen.

Am letzten Tag der Konferenz, am Samstag den 25. Juni, werden die Ergebnisse der Beratungen in den Arbeitskreisen in der großen Versammlung der Delegierten vorgetragen, zur Aussprache gestellt und möglichst weitest dann in einer Gesamtfassung, die den Leitgedanken der Bundeskonferenz entspricht, vom Plenum verabschiedet.

Für die Besucher der Bundeskonferenz wird aber auch die gastfreundliche Stadt Mülheim sicherlich noch genügend Gelegenheit bieten, neben der Bewältigung des Arbeitpensums die schöne Harmonie von Natur und Technik in dieser Ruhrstadt und ihrer Umgebung kennen zu lernen.

Schröder lieferte nasses Pulver

Von Wolfgang Jansen

Am 9. Mai 1960 blamierten sich die CDU/CSU-Abgeordnete Niederaalt, Schütz, Even (Köln) und 39 weitere, größtenteils juristisch vorgebildete "Genossen" mit einer kleinen Anfrage gleich doppelt. Sie beschuldigten nicht nur den Kölner SPD-Oberbürgermeister Buraen, einer städtischen Saal für eine "kommunistische Jugendweihe" des Freidenker-Verbandes bereitgestellt zu haben, obwohl sie hätten wissen müssen, daß dies zur Verantwortlichkeit des Kölner Verwaltungschefs und Kanzlerschwes, Oberstadtdirektor Dr. Max Adenauer, gehörte; sie befragten auch die Bundesregierung, obwohl ihnen bekannt gewesen sein mußte, daß diese eigentlich keine Möglichkeiten hat, in Sachen kommunaler Selbstverwaltung zu recherchieren. Die Anfrage gehörte ins Kölner Rathaus, allenfalls - wegen der Kommunalaufsicht des Landes - an den Düsseldorfer Schwanenspiegel, aber keinesfalls ins "Weiße Haus an Rhein" zu Bonn.

Wie Bundesinnenminister Dr. Schröder dennoch eine Antwort zustande gebracht hat, ist sein Geheimnis. Doch was da zusammengetragen wurde, ist bestürzend kläglich. Halbe und schlechte Informationen sind oft gefährlicher als gar keine. Man kann damit furchtbar herauffallen.

Um das einzusehen, muß man sich einen der Frage-Genossen bei der Auswertung der Schröder-Informationen vorstellen. Versetzen wir uns also in einen mittleren Wirthaussaal: Da steht der Auftrager, Schröders kleine Anfrage in der hoch erhobenen Rechten, während die Linke verdammend zu Boden weist. Mit donnernder Stimme verkündet er, daß die Sozialdemokraten entschlossen seien, das deutsche Volk schmarstracke in den Bolschewismus zu führen, wie die von der SPD laut Schröder geförderte, kommunistisch versuchte Kölner Freidenker-Versammlung beweise. Als Lichtgestalt wird dem dann die CDU-Politik gegenübergestellt, ein Ritter Georg, der den Wolf im Schafspelz mit wohlgezielten kleinen Anfragen erlegt.

Während der Redner sich nach dieser rhetorischen Leistung der Schweiß von der Stirn wischt, meldet sich ein Versammlungsteilnehmer zu dieser Frage. Der Redner habe ausgeführt, daß zwei SPD-Stadtverordnete an der Versammlung teilgenommen hätten. Demon sei jedoch vorher gar nicht bekannt gewesen, daß ihnen kommunistische Propaganda bevorstehe. Der Redner macht nur eine ungeduldige Handbewegung. Solche Feinheiten interessieren ihn wenig.

Der nächste Fragesteller erinnert an die Mitteilung des Redners, daß ein SPD-Stadtverordneter von Köln mit dem Verkehrsamt den Termin für den Saal ausgemacht habe. Ob ihm aber auch bekannt sei, daß es sich dabei nicht um einen Freidenker, sondern um einen bekannten-maßen gläubigen evangelischen Christen, einen Glaubensbruder des Bundesinnenministers also, gehandelt habe, dessen Begründung für seine Aktivität sich übrigens mit der der "Werkhütte Katholischer Laien" deckt? Dort nämlich heiße es in der Ausgabe vom Mai 1960, dass man "die Freiheit des Gewissens, hier vor allem die Versammlungsfreiheit und das Recht der öffentlichen Meinungsäußerung nicht nur den Christen, sondern auch den Freidenkern einräumt" müsse.

Während der Redner der Fragesteller wie ein lästiges, aber schwer zu fangendes Insekt betrachtet, erhebt sich schon der nächste Diskussionssteilnehmer. Der Redner habe dargelegt, daß der Kommunist Peter Moler, der bei dieser Veranstaltung Verse aufgesagt habe, einen Monat später verhaftet wurde, weil er eine kommunistische Zeitung herausgeben wollte. Wegen der Freidenker-Veranstaltung in Köln sei ihm also offenbar nichts geschehen. Hingegen habe die SPD den für die kommunistische Tendenz jener Veranstaltung verantwortlichen Vorsitzenden des Kölner Freidenker-Verbandes postwendend aus der Partei ausgeschlossen. Welche Reaktion denn nun demokratisch zuverlässiger sei, die der christlich-demokratischen Regierung oder die der sozialdemokratischen Partei?

Der Redner wischt sich erneut den Schweiß von der Stirn - aus anderen Gründen als vorher. Da tritt schon der vierte Fragesteller auf: Die SPD-Stadtverordneten hätten sich zwar für die Bereitstellung des Kölner Isabellen-Saales eingesetzt, vorgehen habe ihm aber doch das Verkehrsamt. Man wäre es vielleicht unfair, Oberstadtdirektor Dr. Max Adenauer persönlich damit zu beladen, denn er habe den Saal ja nicht höchstselbst vergeben. Das sei vielmehr jemand ganz anderes gewesen. Nicht der Sohn des Kanzlers, sondern der in Köln als Verkehrsamt tätige Sohn des früheren Generalsekretärs der CDU im Rheinland, Schaeven? Es ist ein Kreuz mit den Söhnen der Parteiprominenz! Und im schellenden Galoshen geht der Fluch des Redners auf Parteifreund und Innenminister Gerhard Schröder unter, der so nasses Pulver und so verrostete Flinten lieferte. Dieser aber wird sich in stiller Stunde noch einmal über das Kölner Dossier beugen, um herauszufinden, wer hier wen was verschwiegen.

* * *

Postskriptum: Die Sache hat noch eine andere, sehr bittere Seite: In seiner Zelle wird Peter Moler in sich hincinschauen und manche unverhaftete Gesinnungsgenossen werden desgleichen tun.

Für sie war es eine großartige Sache, christlichdemokratische Stadtverwaltungen und sozialdemokratische Stadtvertreter in ziemlich übler Weise zu äupieren. Dass die CDU den bundesweiten Publizitätsvorschaufte, war für sie ein unverhofftes Zusatzgeschenk. Am meisten aber freut sie, daß die CDU nicht auf die Kommunisten, sondern auf die Sozialdemokraten eindringt, die sich natürlich dagegen wehren müssen. Eine bescheidene Anfrage an die Herren Wiederahl, Dr. Schröder und Genossen: Wäre es nicht besser, wenn die Demokraten gegen die Nichtdemokraten Front machen würden, statt sich - zu deren Freude - gegenseitig in der Eskon zu liegen?

+ + +

Nicht auf den Lorbeeren ausrühen!

Von Bruno Kuster, Genf

Der Erfolg des Weltflüchtlingsjahres, dessen endgültige Ergebnisse erst in einigen Monaten zusammenfassend bekanntgegeben werden können, könnte zum verhängnisvollen Irrtum verleiten, daß nun alle Flüchtlingsprobleme gelöst wären. Dem ist aber leider nicht so, weshalb sich der UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge, Dr. August Lindt, veranlaßt sah, an einer Pressekonferenz einem selbstzufriedenen Optimismus entgegenzutreten und die Bedürfnisse darzulegen damit die Öffentlichkeit in Kenntnis der Notwendigkeiten in ihrer Anstrengungen zur Behebung der Flüchtlingsnot nicht nachlassen wird.

Die europäischen Flüchtlingslager

Ein Hauptziel des Weltflüchtlingsjahres - die Aufhebung der europäischen Flüchtlingslager, soweit sie dem Hochkommissariat unterstehen - kann erreicht werden, wenn alle gegebenen Versprechungen von den Regierungen, nationalen Komitees und privaten Organisationen eingehalten werden. Vorläufig ist jedenfalls noch ein Fehlbetrag von zwei Millionen Dollar zu verzeichnen, der bis in Herbst unbedingt aufgebracht werden muß. - Weitere drei Millionen Dollar sind nötig, um das Jahresprogramm 1960 des Hochkommissariates ohne Einschränkungen zu Ende zu führen. Dazu gehören unter anderem der Beistand an die 90 000 Flüchtlinge, die in Europa außerhalb der Lager leben und noch nicht plaziert werden konnten, wie auch die Rückführung der aus China geflohenen Europäer.

Es fehlen noch 250 000 Dollar für algerische Flüchtlinge

Um den algerischen Flüchtlingen in Tunesien und Marokko bis Jahresende den bescheidensten Lebensunterhalt sicherzustellen, werden noch 250 000 Dollar benötigt, nachdem sechs Millionen bereits aufgebracht werden konnten. Aber das Hochkommissariat hat mit der Aufstellung eines Sonderprogrammes, das die Betreuung dieser Flüchtlinge auf dem Gebiete der Schulbildung, der Gesundheit und der beruflichen Anleitung vorsieht, richtig gehandelt. Dafür werden zusätzlich drei Millionen benötigt.

Schließlich hat die Regierung von Hongkong ein Sieben-Millionen-Projekt zur Eingliederung der chinesischen Flüchtlinge vorgeschlagen, für dessen Ausführung noch fünf Millionen fehlen. Zusammen ergibt sich eine Summe von rund 13 Millionen Dollar.

Die Aufgabe bleibt

Aber im Vertrauen auf die Einsicht und das Verantwortungsgefühl der Bevölkerung hat Dr. Lindt die Grundzüge eines weiteren Programmes "zur restlosen Beseitigung der letzten Überbleibsel der europäischen Flüchtlingsnot" entworfen, das in der Hauptsache die Eingliederung von etwa 30 000 Flüchtlingen, die außerhalb der Lager leben, vorsieht. Dafür wären 20 Millionen Dollar nötig, doch gäbe es dann in Europa keine Lager mit "alter" Flüchtlingen und auch keine Bretterhütten mehr, in denen diese "Fremden" seit langen Jahren ihr armseliges Sonderdasein fristen.

Nachdem die Bevölkerung zahlreicher Länder während des Weltflüchtlingsjahres ihre humanitären Bekannnisse tatkräftig unter Beweis gestellt hat, wollen wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß die noch zu lösenden Aufgaben im gleichen Geiste angepackt und gemeistert werden,

Bescheidener, aber unso wirksamer

sp - Hilfe für Entwicklungsländer ist ein Generalthema unserer Zeit. Und dies zurecht. In diesen Teilen der Erde wird ein guter Teil unser aller Zukunft mitentschieden. Die entwicklungsfähigen Länder benötigen dringend der Hälfte. Sie braucht nicht immer in der Finanzierung von Riesenprojekten bestehen, sie kann und soll sich auch in anderen, weniger auffälligen, aber nicht minder wichtigen Formen äußern. Vor dem Sprung von Geheulärmern zum hypermodernen Stahlwerk liegen viele Zwischenstufen, etwa die Ausbildung von geeigneten Lehr- und Erziehungskräften, der Austausch der Erfahrungen mit Praktikanten aus den Entwicklungsländern, die Vermittlung von Kenntnissen auf dem Gebiete der Verwaltung und Wirtschaft und nicht zuletzt die Kenntnis der Besonderheiten des Landes, den es zu helfen gilt. Diese speziellen Aufgaben der Unterstützung für entwicklungsfähige Länder will sich die Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer (Sitz Berlin) widmen. Sie ist eine gemeinsame Gründung von Mitgliedern aller Bundestagsfraktionen und der zuständigen Bundesministerien. Für ihre Arbeit steht die Villa Herwig in Neuberlin zur Verfügung. Die weitreichenden Mäzene dieser Stiftung verdienen die vorbehaltlose Förderung aller politischen Parteien und offiziellen Stellen, erschließt sich doch hier ein Aufgabengebiet, das in seiner überragenden Bedeutung in der Vergangenheit nicht immer erkannt wurde. Diese Form von Hilfe wird sich nicht gleich erkennen lassen, aber unso nachhaltiger in der Zukunft wirken.

+ + +

Joop Swart und die Falschmünzer

sp - Merkwürdige Kunde gelangte aus Holland zu uns. Joop Swart, der Sekretär des ehemaligen "Lemberg-Ausschusses", der bekanntlich den früheren Bundesvertriebenenminister Oberländer von der Inhaftierung, an Judenschließungen in Lemberg direkt oder indirekt beteiligt gewesen zu sein, reinwaschen sollte, wird von der holländischen Polizei gesucht. Er steht, wie man hört, unter dem Verdacht, in Verbindung zu einer linksextremistischen Organisation zu stehen, die sich u.a. der Herstellung falscher Banknoten für die algerische Aufstandsbewegung FLN widmet. Mit dieser Meldung, die von den holländischen Justizbehörden bestätigt wurde, enthüllt sich ein neues dunkles Kapitel an Joop Swart. Es scheint so, daß dieser merkwürdige Mann auf mehreren Klavieren zugleich spielt und so ziemlich alle Töpfe kennt, aus denen Geld fließt. Hat man doch auch jüngst seinen Namen in Zusammenhang mit Zuwendungen genannt, die aus dem Gemüthsfonds der Bundesregierung für die Herstellung eines "Rotbuches" zur Entlastung Oberländers kommen. Unter diesen Umständen kann man sich ungefähr vorstellen, in welcher Gesellschaft sich der frühere Bundesvertriebenenminister Oberländer bewegte. Eine dunkle Affaire, die im Interesse der Serbarkeit unseres politischen Lebens gründlich geklärt werden sollte!

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel